



## Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

### **Dem Strukturbruch in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum entgegen-** **ten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt, dass die Entwicklung der Preise an den Agrarmärkten kurzfristig zu gravierenden Strukturbrüchen im ländlichen Raum zu führen droht.

Der Landtag stellt fest, dass die umfangreichen öffentlichen Mittel aus Europa, Bund und Land für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum nicht dazu dienen können, die wegbrechende Wertschöpfung und deren Folgekosten auszugleichen.

Der Landtag begrüßt, dass die Agrarministerkonferenz sich in ihrem Beschluss vom 15. April 2016 für Maßnahmen eingesetzt hat, die eine Anpassung der Milchmenge auf europäischer Ebene an den Bedarf der Märkte vorsieht, um wieder zu einem auskömmlichen Preisniveau zu kommen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass kurzfristig auf Bundes- und EU-Ebene wirksame allgemeinverbindliche Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer zeitnahen Reduzierung des Milchangebotes führen.

#### Begründung:

Die Erzeugerpreise für Milch befinden sich seit Jahren, abgesehen von kurzen Erholungsphasen, auf einem bei weitem nicht kostendeckenden Niveau. Dies ist das Resultat einer falschen Marktpolitik, verbunden mit einer Agrarpolitik, die die Ausweitung der Produktionskapazitäten kontinuierlich befeuert hat. Diese einseitige Wettbewerbsorientierung auf Leistungssteigerung und Kostensenkung kritisieren wir seit langem. Sie geht auch zu Lasten der Umwelt, des Tierwohls und der Arbeitsqualität auf den Betrieben. Sie gefährdet eine an Familienbetriebe gebundene Struktur und hat darüber hinaus tiefgreifende Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum insgesamt.

Die Ergebnisse der jüngsten Preisverhandlungen offenbaren die Ohnmacht der landwirtschaftlichen Erzeuger im Marktgeschehen. Ein gravierender Strukturbruch ist zu erwarten. Die Fördermittel der ländlichen Entwicklung können die gesellschaftlichen Folgekosten in ihrem Umfang nicht annähernd ausgleichen.

Kirsten Eickhoff-Weber  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Flemming Meyer  
und die Abgeordneten des SSW